

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig. M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Td. 25 261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Spedition: Bettinerplatz 10. Td. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusatz: werden die eingepackten Zeitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssagen 25 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresden Volkszeitung.

Nr. 7.

Dresden, Dienstag den 11. Januar 1916.

27. Jahrg.

Ein französischer Vorstoß bei Massiges zurückgewiesen. — Englische Vorbereitungen am Suezkanal. — Kriegsgerichtsurteile in Südtirol. — Zensur und Haushaltungsausschuss.

Schutzzoll oder Freihandels in England.

Kongress von 120 englischen Handelskammern.

In den Freien der englischen Industriellen rechnet man mit Sicherheit darauf, daß Deutschland sofort nach Beendigung des Krieges im erbitterten Konkurrenzkampf alles aufbieten wird, um seinen im Kriege verlorenen Handel wiederzugeben. „Deutschland macht heute schon“, so schreiben die Times, „die größten Anstrengungen, um Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei mit dem Deutschen Reich zu einem umgebauten Zollverein zusammenzuschließen, um solcherart für den auf den Friedensschluß folgenden Handelskrieg vorbereitet zu sein.“ Vielfach werden Befürchtungen gehegt, daß die Alliierten — wenn sie nicht bald Schritte unternehmen, um dieser Gefahr wirksam entgegenzutreten — auch hier wieder einmal „zu spät“ kommen könnten. Indessen lassen manche Anzeichen darauf schließen, daß in diesem Falle die Vorbereitungen nicht nur auf englischer Seite getroffen werden. Denn nicht die britische Regierung allein beschäftigt sich, wie Mitteilungen Mr. Asquiths vom 9. Dezember besagen, mit der eingehenden Prüfung der Handelsprobleme, die nach Beendigung des Krieges sich ergeben werden, diese Fragen sollen vielmehr auch ähnlich einer im Februar in London stattfindenden großen Konferenz erörtert werden, an der die Vertreter von 120 Handelskammern der verschiedensten Königreiche und Teilegieräte aller verbündeten Staaten beteiligen dürften.“

Die von den Korrespondenten der Times aus den wichtigsten Industriezentren eingeholten Berichte zeigen deutlich, nach welcher Richtung die von dieser großen Konferenz zu erwartenden Vorschläge sich bewegen dürften. Unverkenbar ist der Herkunft einer allgemeinen und starken gegen den Handel gerichteten Tendenz, die eine vollkommene Umwandlung der englischen Handelspolitik anzuleiten scheint. Aus den einzelnen Städten liegen Berichte vor, die diese Tendenz mehr oder weniger bestätigen.

Sehr bemerkenswert ist der Bericht aus Bradford, dem Zentrum der Wollindustrie. Nicht nur in Bradford, sondern tatsächlich in allen Distrikten der Textil- und Stoffindustrie sei man sich einig, daß die Aussichten der Textilfabrikanten, der Spinnereien, Wollfärbereien und zum großen Teil auch der Händler mit Rohmaterial wesentlich von dem Zustand abhängen seien, in dem die Textilindustrie auf dem Kontinent nach Friedensschluß sich befinden wird. Sollte die Produktion dort bald in geregeltem Gang gebracht werden können, dann sei zu befürchten, daß alle Zweige der Bekleidungsindustrie sehr schnell ihre augenblickliche Verteilung wieder einkehren und mit einer schweren Konkurrenz zu rechnen haben würden, als je, wenn die Verbündeten nicht Mittel und Wege fänden, Deutschland und Österreich von den Märkten auszuschließen. Man müsse vor allem auch mit ernsten Arbeiterschwierigkeiten rechnen, denn die Löhne seien ungewöhnlich hoch geschraubt worden, und man befürchtet, daß die freie Konkurrenz den bedeutenden Vorteil billiger Arbeitskraft für sich haben wird.

„Bei weitem die meisten Geschäftslute von Leicester haben früher,“ wird von dort berichtet, „was auch sonst ihre politische Überzeugung sein möchte, stets eine ausgesprochen rückwärtige Haltung jeder geplanten Aenderung gegenüber eingenommen, die auf eine Besteigung des britischen Handels von den Schädigungen des Freihandels gerichtet war. Um so bemerkenswerter ist die tiegähende Wondlung der Meinungen auf diesem Gebiete, die anlässlich einer ungewöhnlich zahlreich befreiteten Sitzung der Handelskammer fürstlich offenstehen gegangen ist. In dieser Sitzung wurde mit allen Stimmen gegen eine der Beschlüsse gefestigt, die Regierung aufzufordern, den Plan einer wirtschaftlichen Vereinigung Englands mit seinen Kolonien und Dominions sowie mit den an seiner Seite kämpfenden Verbündeten auszuarbeiten, um durch die Gewährung von Vorzugszöllen an diese Gruppen deutsche und österreichisch-ungarische Waren von den britischen Märkten auszuschließen.“

So wie aus diesen Städten kommt fast allgemein die Überzeugung zum Ausdruck, daß nur durch die Einbindung von Südböhmen die kommerziellen Schwierigkeiten, die nach dem Kriege sich ergeben müssen, genügend werden können. Freihändler haben sich in Scharren, an dieser Überzeugung festhalt, nicht weil ihre theoretische Auffassung über die Prinzipien der Politik sich geändert hat, sondern weil sie die verfehlten Anstrengungen fürchten, die Deutschland machen wird, um seinen verlorenen Handel zurückzubringen. Röder- und Automobilherren, die zurzeit

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. Januar 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Feindliche Vorstöße gegen die nordwestlich von Massiges genommenen Gräben wurden abgewiesen. Die Zahl der dort gemachten Gefangenen erhöht sich auf 480 Mann.

Ein französisches mit einer 38-Zentimeter-Kanone ausgerüstetes Kampfflugzeug wurde bei Rouen (südlich Dijon) durch Abwehrfeuer und einen Kampfflieger zur Lan-

dung gezwungen. Das Flugzeug ist mit seinen Insassen unverletzt in unsere Hand gefallen. Bei Tournai wurde im Luftkampf ein englischer Doppeldecker abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Überste Heeresleitung.

Arbeiterpartei und Wehrpflicht in England.

† Berlin, 11. Januar. Meldung der B. Z. am Mittwochabend: „Eine Deutung der B. Z. am Mittwochabend verlautet, daß ein Mitglied der parlamentarischen Arbeiterpartei heute den Antrag auf Abänderung der Dienstpflichtvorschrift einbringen werde, wobei er von Mitgliedern der liberalen Partei unterstützt werden wird. Anderserseits wird angedeutet, daß der Arbeiterpartei die Aufforderung Asquiths angekommen habe, mit ihm über gewisse Punkte der Vorlage in einem Gedankenaustausch zu treten.“

Die polnischen Sozialisten und der Polentclub.

† Wien, 11. Januar. Die Neue Freie Presse meldet aus Krakau: „In der gestrigen gemeinsamen Konferenz des Parteivorstandes und der Abgeordnetenvereinigung der polnischen Sozialdemokraten wurde der Vorschlag betrachtet, den Eintritt der polnischen Sozialisten in den rechtsozialistischen Polentclub an-

zunehmen. Wenn wir mit anderen Hilfsmitteln sparsam sind, werden wirninger anstrengen als Franchising.“ Ausserdem wird auf die Zusammensetzung der, die sich der Errichtung eines Polenvereins unter der Verbündeten entgegenstellen. Wenn es aber notwendig sein sollte, um den Krieg siegreich zu beenden, zu welcher er nicht, daß man dazu überredet werden, Ausserdem gab dann seinem Vertreter Ausdruck, daß England imstande sein werde, sich nach dem Kriege wieder zu erholen, und sagte, daß es Englands Pflicht sei, bei diesem Prozeß Frankreich, Italien und Russland so viel wie möglich zu helfen. England habe das Recht, zu verlangen, daß Deutschland bei seinem Verlust, mit dem Krieg zu erhalten, nichts zu tun, worunter England und seine Verbündeten leiden könnten. Ausserdem wies jedoch darauf hin, daß die Verbündeten nach Beendigung dieses Krieges nicht den Ausbruch eines wirtschaftlichen Krieges dulden könnten. Erinnerte um Raciborow daran, daß Deutschland schon im ökonomischen Sinne geschlagen sei. Wie müssen darüber wachen, daß nach einem siegreichen Ausgang des Krieges Deutschland nicht sein Haupt erhebt, um einen ökonomischen Feldzug zu beginnen.“

Steuerfragen in Russland.

† Copenhagen, 11. Januar. National-Fidele meldet aus Petersburg: „Der Finanzminister will zur Förderung des Planes der Verteilung der Kriegsgewinne mit den Vertretern des Handels und der Industrie eine Sitzung ab. Sämtliche anwesenden Vertreter sprachen mit gegen die Entwurfsvorlage aus und sagten an ihrer Stelle die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer vor.“

Munition herstellen, fragen, wie es ihnen ohne Schutzsätze möglich sein sollte, ihren Krieg zurückzugehen, der in Amerika auf die Handelshäfen geprägt ist. Ihre Werke von der englischen Regierung völlig in Anspruch genommen sind.

Die Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns.

Mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns beschäftigte sich am Sonntag den 9. Januar eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses. In dieser Versammlung hatte der Vorstand unserer deutsch-österreichischen Bruderpartei die dankenswerte Anerkennung gegeben. An der Sitzung nahmen als Vertreter des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Partei die Genossen Dr. Adler, Ellendorf, Henner und Seitz und als Vertreter der österreichischen Gewerkschaftscommission die Genossen Toman, Grünwald und Hirschfeld teil; ferner hatten die Generalstände der deutschen Gewerkschaften je einen Vertreter delegiert, die Generalkommission der Gewerkschaften war anwesend und es war weiter eine Vertretung des Zentralverbundes deutscher Konsumvereine geladen und erschienen.

Der Genosse Dr. Henner hielt das erlösende Referat, in dem er die Frage der deutsch-österreichischen Annäherung, die zur Zeit in Deutschland und in Österreich in der Presse und in Interessentreffen ebenfalls erörtert wird, zunächst theoretisch behandelte, um dann darzulegen, daß auch das Proletariat ein großes Interesse daran hat, mit Aufmerksamkeit den Bestrebungen zu folgen, die sich bei den Vorträgen beider Reiche zwecks einer wirtschaftlichen Annäherung bemerkbar machen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Interessen des Proletariats bei den Verhandlungen zur Geltung kommen, damit er an und für sich berechtigte Bestrebungen auf eine Annäherung nicht in einer Weise vollzogen werden, die für das Proletariat eine Erhöhung seiner Existenzbedingungen mit sich bringt. — Genossen Grünwald behandelte als weiterer Referent ergänzend das besondere Interesse, das das deutsche Proletariat an diesen Fragen hat. — Auf die Reaktion folgte eine sehr interessante Diskussion, an der sich unsere österreichischen Freunde lebhaft beteiligten. Die Verhandlungen hielten zunächst den Zweck, die Einheitung zu blühen für die Diskussionen, die in den Parteien beider Reiche über diese Frage einzutragen sind. Die Reaktionen wurden ethnographisch aufgenommen und werden in Kürze im Detail erörtert.

Unsere Versorgung mit Brotgetreide.

Amtlich. Berlin, 10. Januar. Die Bekanntmachung vom 16. November 1915 hat ergeben, daß die Brotgetreidevorräte im Deutschen Reich ausreichen, um die Bevölkerung und das Heer bis zur nächsten Frühling zu ernähren. Es hat sich aber gezeigt, daß die freieren Maßnahmen, welche bei Beginn des zweiten Weltkrieges getroffen werden, Freigabe von Winterkorn und Antterschrot, geringere Ausmündung und Erhöhung der Brotration, bei Verbraucher und Landwirten die Auflassung erwarten, als wenn unsere Vorräte überreichlich und Vorrat nicht mehr vorhanden wäre. Diese Auflassung ist irrealistisch. Wir müssen auch im zweiten Jahre streng haushalten, wenn wir nicht nur anstreichen, sondern auch mit einer hinlänglichen Reserve ins nächste Wirtschaftsjahr hinaufzuhören. Das Kuratorium der Brotgetreidefeste hat daher beschlossen, unter vorläufiger Aufstellung der freieren Maßnahmen zu den Bestimmungen des Verteilungsplanes des vorjährigen Jahres zurückzufallen und die Zugeschäfte wie im Frühjahr 1915 fortzusetzen. Für die Bedürfnisse der Schwarzwälder nach stärkerer Brotration wird, wie bisher, ausreichend gesorgt werden.

Zum August vorigen Jahres waren die Bestimmungen über die Getreideverteilung etwas zugunsten der Bevölkerung verfeindet worden. Es wurde damals der Ausmühlungsgrad des Getreides von 89 und 83 Prozent auf 70 Prozent herabgesetzt und die Kapitquoten der Webfaktur allgemein von 200 auf 225 Gramm erhöht, während bis dahin nur für die schwer arbeitende Bevölkerung Zusatzkarten gewährt worden waren. Diese Bestimmungen sollen nach der vorliegenden Meldung wieder bestätigt und die früheren alten Bestimmungen eingeholt werden. Es ist dies nichts, was zur Verunsicherung der Bevölkerung Anlaß geben könnte, im Gegenteil, was ist die Sicherheit gegeben, daß wir unter allen Umständen mit unseren Vorräten von Brotgetreide bis zur nächsten Frühling und darüber hinaus reichen werden.

Erfreulich ist es, daß die Brotration für die schwer arbeitende Bevölkerung nicht eingeschränkt zu werden braucht, sondern wie bisher diesen Kreisen eine erhöhte Brotration gegeben werden soll.

Die Meldung über die neue Verteilung der Brotgetreidevorräte ist allerdings eine erneute Mahnung zur Sparweise. Auch die sozialdemokratische Presse hat stets anerkannt, daß es in dieser schweren Zeit - die Pflicht eines jeden ist, mit den Nahrungsmitteln haushälterisch umzugehen, nicht mehr zu verbrauchen als unbedingt nötig ist. Allerdings wissen wir, daß bei der Arbeiterschaft jenseits nicht